ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Bartel, Rainer

Article

Wirtschaftspolitik in der Marktwirtschaft

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Bartel, Rainer (1991) : Wirtschaftspolitik in der Marktwirtschaft, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 17, Iss. 2, pp. 229-249

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/332349

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Wirtschaftspolitik in der Marktwirtschaft –

Eine Rückbesinnung auf die Grundlagen aus aktuellen Anlässen

Rainer Bartel

1. Dilemma und Verantwortung der Sozialwissenschaften

Die 80er Jahre brachten in den westlichen Industriestaaten einen tiefgreifenden Wandel in den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen „Philosophien"[1]. In den 90er Jahren wird ein solcher Wandel die früheren osteuropäischen Planwirtschaften noch viel stärker betreffen[2]. Hervorstechendste Merkmale der diesbezüglichen Entwicklung in den vergangenen Monaten sind sowohl die hastige Eile als auch die schlagende Konzeptlosigkeit und gutgläubige Hoffnung, mit der man im Osten in das (selbst?) verheißene Paradies der Marktwirtschaft strebt. Die Entwicklungen in West und Ost zeigen im Grunde den fast schon charakteristischen Ablauf, wie sich eine (wirtschafts-/gesellschafts-)politische Grundauffassung aus Anlaß hartnäckiger Probleme und auf der Suche nach dem neuen Heil radikal, aber wenig reflektiert und nahezu blindgläubig in eine völlig andere Richtung entwickelt (Kuhn 1970, S. 66 ff.). In so manchem Fall mündet dies in ein langfristiges Hin- und Herschwanken zwischen Extremen (Cohen 1988) mit all ihren Auswirkungen auf die Theorie, Ideologie, politische Praxis und gesellschaftlichen Verhältnisse. Das soll nicht heißen, daß ökonomische Veränderungen im Hinblick auf sozialen Fortschritt zugunsten des Status quo verhindert werden sollen, zumal stets Anlaß zu Verbesserungen besteht. Vielmehr sollten in einer soliden Problemanalyse die Ursachen für den Mißerfolg geklärt und alle realisierbaren Alternativen für Systemverbesserung oder Systemwandel transparent gemacht, in ihren wichtigsten Konse-

quenzen so genau wie möglich abgeschätzt und gegeneinander abgewogen werden.

Gerade heutzutage, wo konstitutive wirtschaftspolitische Entscheidungen von großer Tragweite zu treffen sind (Allokationssysteme, optimale Wirtschaftsräume, Umwelterhaltung), werden Ziel-Mittel-Überlegungen in der wirtschaftspolitischen Praxis leichtfertig beiseitegeschoben. Unter politischem Erfolgsdruck geben die wirtschaftspolitisch Verantwortlichen gern dem legitimen Wunsch der Öffentlichkeit nach substantieller Wohlstandsverbesserung nach. Allerdings wird die Erfüllung dieses Wunsches in Planwirtschaften in extremen Systemveränderungen und in westlichen Demokratien häufig in kurzsichtigen Lösungen mit langfristigen Folgekosten gesucht. Dabei wird im ersten Fall das Marktversagen und im zweiten Fall das Politikversagen unterschätzt. In beiden Fällen muß staatspolitische Verantwortung zum Tragen kommen und das Risiko von Wirtschaftspolitik, die quasi sozial-experimentellen Charakter trägt, möglichst gering halten. In ihrer gesellschaftspolitischen Mitverantwortung soll die Wirtschaftswissenschaft mit Hilfe ihrer theoretischen und empirischen Modelle die sozialökonomische Entwicklung möglichst objektiv analysieren und sie durch politische Beratung in möglichst vorteilhafte Bahnen lenken. Es liegt jedoch in der Natur der Sozialwissenschaften, daß zum einen das jeweils beste wirtschaftspolitische Konzept nicht eindeutig bestimmt und zum anderen die modelltheoretisch beste aller Welten nicht realisiert werden kann[3]. In diesem Beitrag geht es darum, die Grundlagen der theoretischen Wirtschaftspolitik zu beleuchten und ihren möglichen Einfluß auf die praktische Wirtschaftspolitik anzudeuten.

Was ist eigentlich die Charakteristik ökonomischer Theorien, an die landläufig so hohe Ansprüche gestellt werden? Es gibt weder eine ökonomische Aussage noch eine wirtschaftsempirische Untersuchung ohne ein gedankliches Modell von der Wirtschaft. Selbst wenn Wirtschaftspolitik ohne wissenschaftliche Fundierung betrieben würde, wäre sie auf laienhafte „Theorien" zurückzuführen. Jede Abstraktion von der Realität (also Modell-/Theoriebildung) erfordert grundsätzlich Annahmen (Prämissen) zur Vereinfachung der in ihrer Komplexität bei weitem nicht zur Gänze erfaßbaren Realität. Die notwendigerweise vorweggesetzten Prämissen prägen den Charakter der Analyse, indem sie ihre Denkrichtung vorzeichnen, die zu untersuchenden Probleme und Lösungsalternativen selektieren und dadurch das Ergebnis zum Teil schon vorherbestimmen. Dieser Umstand verleiht dem Analytiker die Macht, durch Werturteile, die mit dem Setzen von Prämissen zwangsläufig verbunden sind, die wissenschaftliche Analyse subjektiv zu beeinflussen, die in den Augen der Gesellschaft ein Garant für Objektivität in der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Diskussion ist. Gerade bei wirtschaftspolitischen Konzepten, die sich auf eine wissenschaftliche Fundierung berufen, ist es erforderlich, die analytischen Grundlagen transparent zu machen, damit der Mantel der Wissenschaftlichkeit die so wichtige kritische Hinterfragung nicht ausschließt. Die aus einem Konzept und letztlich aus einer Theorie abgeleiteten Maßnahmen sollen

nicht nur auf ihre Eignung zur Zielerreichung überprüft werden (Frage des teleologischen Werturteils). Vielmehr sollen auch die zugrundeliegenden Annahmen indentifiziert werden, so daß festgestellt werden kann, inwieweit diese Prämissen in bezug auf die Realität haltbar sind, d. h. ob die daraus abgeleiteten Handlungsanweisungen überhaupt als *sozial*wissenschaftlich legitimiert angesehen werden können (Frage des ontologischen Werturteils)[4]. Denn logische Konsistenz und methodische Brillanz allein sind keine hinreichenden Bedingungen für den Erfolg sozialwissenschaftlicher Beratung; die wissenschaftlichen Bemühungen können an der Anwendungsproblematik der Theorie auf die Realität scheitern (Chase 1979, S 71f., Eichner 1979, S. 3).

Für die Wirtschaftswissenschaft ergeben sich daraus zwei Fragen, die jeweils ein Dilemma aufwerfen. Erstens die methodische Frage: Wie stark deduktiv bzw. formalwissenschaftlich muß der Charakter der Analyse sein, um zu allgemein gültigen Ergebnissen zu gelangen, und wie stark induktiv bzw. sozialwissenschaftlich muß der Charakter der Analyse sein, damit sie der Eigentümlichkeit ihres Untersuchungsgegenstandes, der sozialen Realität, gerecht wird? Zweitens baut darauf die politische Frage auf: Soll die Realität durch tiefgreifende wirtschaftspolitische Eingriffe dem modelltheoretischen Idealbild vom Funktionieren der Wirtschaft (also dem formal-logischen Konstrukt) gleichsam sozialtechnisch angepaßt werden oder soll sich ein wirtschaftspolitisches Beratungsmodell nach den grundlegenden Gegebenheiten der Umwelt und der menschlichen Verhaltensmuster ausrichten? Diese Fragen können wiederum aus wissenschaftsmethodischen Gründen nur näherungsweise beantwortet werden, obwohl sie für die praktische Wirtschaftspolitik von richtunggebender Bedeutung sind. Zumindest ist es eine verantwortungsvolle Aufgabe der Sozialwissenschaften, dieser Problematik bei normativen Aussagen relativierend Rechnung zu tragen.

Zu den Grundlagen einer verantwortungsvollen Wirtschaftspolitik gehört neben der Transparentmachung ihrer Fundierung in Theorien und Werturteilen – letztere finden ihren Ausdruck in den Prämissen und Analysemethoden – auch die realistische Einschätzung der Leistungsfähigkeit der verwendeten Theorien und Konzepte und somit des verwirklichten bzw. angestrebten Wirtschaftssystems. Es liegt in der Natur des Wirtschaftens, daß kein wirtschaftspolitisches Konzept erstens infolge der Begrenztheit der Ressourcen alle Probleme lösen könnte und zweitens aufgrund von nicht harmonisierbaren Interessen- und Zielkonflikten alle Probleme besser lösen könnte als konkurrierende Alternativen. Darin liegt der Sinn der Comparative Economics (Rothschild 1980). Die landläufige Meinung, daß Wirtschaftssysteme, die nicht den Marktwirtschaften westlicher Prägung entsprechen, generell unterlegen wären, hat besonders in der vergangenen Dekade in Ost und West zu einem Forschungsdefizit an Systemvergleichen geführt – ein Rückstand, der in der aktuellen Lage kurzfristig (rechtzeitig) nicht aufgeholt werden kann. Natürlich kennt die westliche Ökonomie die marktwirtschaftlichen Systeme viel genauer. Gleichwohl werden die theoretische Wirtschaftspolitik zu dogmatisch und die praktische Wirtschaftspolitik zu

populistisch betrieben, als daß nicht auch hier noch ein Forschungsdefizit in Problem-Ziel-Mittel-Beziehungen festzustellen wäre. Der Zweck dieser Arbeit ist es, durch die Transparentmachung wichtiger wirtschaftspolitischer Grundlagen der liberalen Marktwirtschaft das Bewußtsein über die Prämissen der verwendeten Modelle zu stärken, um dadurch auf das nötige Realitätsbewußtsein in der Wirtschaftstheorie und auf die soziale Verantwortung in der Theorieanwendung (Wirtschaftspolitik) hinzuweisen.

2. Optimale Allokation zwecks Wohlfahrtsmaximierung

2.1 Zweck und Problematik des (allgemeinen) Gleichgewichtsmodells

Der Mathematiker und Ökonom Leon Walras hat die theoretische Möglichkeit der Existenz eines allgemeinen Gleichgewichts nachgewiesen. Allerdings ist damit noch keine Aussage über das Zustandekommen bzw. über die Realisierbarkeit dieses Zustandes getroffen. Das allgemeine Gleichgewicht besitzt in der Volkswirtschaftslehre große Normativität, reflektiert es doch jene heile Welt, in der alle Pläne jedes Wirtschaftsteilnehmers in Erfüllung gehen, ohne Planrevisionen vornehmen zu müssen. Dieser idealtypische Zustand ist zwar schwer vorstellbar, seine Analyse ist aber immerhin von dem Standpunkt aus verständlich, daß die Wirtschaftstheorie den besten aller Weltzustände erforschen will. Deshalb und wegen der analytischen Vorteilhaftigkeit nimmt die Gleichgewichtsanalyse einen hohen Stellenwert in der Ökonomie ein. Wir gehen an dieser Stelle deswegen auf den (allgemeinen) Gleichgewichtsansatz ein, weil viele in der praktischen Wirtschaftspolitik ausgestellten Vorschläge und Forderungen implizit auf diese Modellvorstellung zurückzuführen sind. Der normative Charakter von Gleichgewicht besteht trotz der großen Stringenz der Bedingungen, die dieses Modell voraussetzt, fort[5].

Der Zweck der geforderten Prämissen ist verlockenderweise die Vermeidung von Marktmacht über jene Art von „Marktmacht" hinaus, welche Marktteilnehmer besitzen, die sich auf der kürzeren Seite des Marktes befinden (vgl. Arndt 1977). Unter den geforderten Voraussetzungen stellt der Markt nämlich einen objektiven, weil anonymen und unparteiischen Mechanismus zur Regelung der Produktionsentscheidungen (Ressourcenallokation) und Einkommensverteilung (Distribution) dar. Das Ergebnis der dezentralen Allokation soll zweierlei Vorteile bieten: zum einen das bereits von Adam Smith (1776) skizzierte *gesellschaftliche Produktivitäts- und Wohlstandsmaximum,* das sich aus der Gesamtheit der individuellen Nutzenmaximierung ergibt, die von der „unsichtbaren Hand" (d. h. vom Wettbewerb unter den genannten Idealbedingungen) koordiniert werden; zum anderen ein *leistungsäquivalentes Verteilungsergebnis,* das seine Normativität aus der Entlohnung der Produktionsfaktoren mit ihrem Grenzprodukt erhält. Dieses Bild mag man im Auge

haben, wenn man möglichst rasch und radikal eine liberale Marktwirtschaft anstrebt (z. B. Lipton und Sachs 1990). Daran ändert im Bereich der Allokation auch nichts, wenn als Zielsetzung das System der Sozialen Marktwirtschaft genannt wird. Denn der soziale Ausgleich erfolgt *nach* dem Zustandekommen des Marktergebnisses, das wiederum aus Effizienzgründen (d. h. aus Gründen des Preisinformationsgehalts und des Leistungsanreizes) so liberal wie möglich gestaltet werden soll. Insofern ist der soziale Ausgleich innerhalb der Konzeption zweitrangig (vgl. die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik).

2.2 Status quo und Chancen im Wettbewerb

Die Problematik dieses der Marktwirtschaft zugrundeliegenden Allokationsmodells besteht nicht nur in der Abhängigkeit von den stringenten Modellprämissen, sondern von der Unbestimmtheit der Ausgangssituation, d. h. den „Startbedingungen" für den Wettbewerb, der zu optimaler Allokation im oben genannten Sinn führen soll. Voraussetzung für die *soziale* Optimalität der Marktergebnisse ist natürlich die „Fairness" (?) des Wettbewerbs. Die Herbeiführung dieses Zustandes wird in wirtschaftspolitischen Aussagen immer wieder ganz allgemein als „Vermeidung struktureller und vertraglicher Wettbewerbsverzerrungen" bezeichnet. Diese Aufgabe ist allerdings nicht so unproblematisch, wie es die Formulierung vertrauenserweckend suggeriert. Das zugrundeliegende Allokationsmodell des allgemeinen Gleichgewichts muß von einer exogenen, also willkürlich vorgegebenen Anfangsverteilung von Ressourcen ausgehen, bevor noch der marktliche Allokationsprozeß einsetzt, der dann in jedem Fall zu einem pareto-optimalen, aber nicht unbedingt sozial erwünschten Ergebnis führt. Eine „gerechte" Anfangsverteilung als faire Ausgangsposition für den Wettbewerb auf den Märkten kann jedoch objektiv nicht gefunden werden (Bartel 1990a). So gesehen wird die Legitimität des Modells nicht in Frage gestellt, obwohl die Fairness-Frage in der Praxis kaum mit diesem Argument beiseitegeschoben werden kann. Immerhin lassen sich auch objektivierbare Argumente finden, die für eine politische Veränderung des „historischen" Status quo der Vermögensverteilung zwar nicht in einem objekiv bestimmbaren Ausmaß, wohl aber in eine bestimmte Richtung sprechen (z. B. Blümle 1975, S. 69 ff.). Diesbezügliche Bemühungen greifen aber in der politischen Praxis erfahrungsgemäß zu kurz (vgl. z. B. Guger 1989).

Vielmehr fällt die Resistenz des Status quo in den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auf, die die Wettbewerbschancen der einzelnen Wirtschaftssubjekte beeinflussen. Dieses Phänomen findet in der wirtschaftspolitischen Diskussion allerdings wenig Beachtung. Der Grund dafür liegt darin, daß die Bedingungen für den geforderten „machtfreien" Wettbewerb auf den Märkten ihrerseits von Machteinflüssen verzerrt werden.

Hier eröffnet sich ein Dilemma. Einerseits besteht die Notwendigkeit staatlicher Wirtschaftspolitik im Vorstellungsrahmen des allgemeinen

Gleichgewichtsmodells darin, die Bedingungen für einen produktivitätsmaximierenden und gleichzeitig fairen Wettbewerb bestmöglich zu garantieren. Diese Aufgabe ist durch folgende Formen der Wettbewerbspolitik zu erfüllen:

1. Regelung der Anfangsausstattung an Ressourcen (Erbrecht, Steuer-Subventions- und Transferpolitik, Bildungs- und Infrastrukturpolitik),
2. Regelung der Ablaufsbedingungen des Wettbewerbs (Produktionsvorschriften, Marktformenpolitik),
3. Kontrolle und Steuerung des Wettbewerbsgeschehens (Mißbrauchsaufsicht).

Allerdings können die konkreten Maßnahmen nicht objektiv dimensioniert werden. Andererseits besteht nun ein Problem darin, daß die Festlegung der Wettbewerbsregeln sinnvollerweise nicht dem Marktprozeß überlassen werden kann, weil derartige Verhandlungen wie jeder andere kommerzielle Vorgang einen Wettbewerb in der Durchsetzung individueller Interessen darstellen. Die Regelungen wären ein Produkt eines Interessenwettbewerbs, der ohne faire Ausgangsbedingungen und ohne Regeln ablaufen müßte. Die Machtverhältnisse und -entwicklungen während des Normerzeugungsprozesses würden das Normergebnis bestimmen. Somit wäre die Chancenverteilung für den künftigen Wettbewerb auf den Märkten machtverzerrt und daher wohlfahrtspolitisch suboptimal. Die Voraussetzung für einen weitestgehend objektiven Normerzeugungsprozeß (d. h. für eine optimale Wettbewerbsordnung) ist der „veil of ignorance", der Schleier der Ungewißheit aller Verhandlungsteilnehmer über ihre Nettonutzenposition unter dem festzulegenden Normenregime (Rawls 1972). Ein solcher oder zumindest ähnlicher Unsicherheitszustand kommt jedoch in der Realität sehr selten vor[6]. Wenn sich schon kein solcher Unsicherheitsschleier über die Konsequenzen staatlicher Regulierungspläne breitet, wäre es die Aufgabe der theoretischen und praktischen Wirtschaftspolitik, Informationsdefizite aufzuarbeiten und das Informationsgefälle zwischen den Interessengruppen auszugleichen, bevor übereilte und schwer reversible Schritte getan werden. Denn gerade bei langfristig wirksamen Entscheidungen gilt es, allgemein akzeptable Lösungen zu finden und keine „stop-and-go policy" zu betreiben.

2.3 Zwingende Gründe für allokationspolitische Interventionen

Liberalität als Wert an sich wird u. a. ins Treffen geführt, wenn über staatliche Eingriffe in die Marktbeziehungen und in die Verteilungsverhältnisse diskutiert wird. In der Tat stellt staatliche Wirtschaftspolitik hoheitliche Eingriffe in die individuellen Entscheidungsfreiheiten der Wirtschaftsteilnehmer dar. Aus dieser fundamentalen Sicht sind wirtschaftspolitische Eingriffe ökonomisch nur durch Marktversagen zu legitimieren. Gehen wir davon aus, daß die eingangs genannten Bedingungen des (allgemeinen) Gleichgewichtsmodells erfüllbar sind und dieses

Modell als Realtypus verwirklicht wird. In diesem Fall können immer noch Phänomene *zwangsläufigen* Marktversagens identifiziert werden, die sich nicht aus der Anwendungsproblematik des Modells auf die Realität, sondern aus der Logik des Modells selbst ergeben. Die Bereiche, in denen die Marktwirtschaft zwangsläufig zu Marktversagen in Form von suboptimaler Allokation (Allokationsineffizienz) führt, sind folgende (Rothschild 1980):

1. langfristig steigende Skalenerträge,
2. öffentliche Güter,
3. externe Effekte.

Zu 1. Wenn das Minimum der Funktion der langfristigen Durchschnittskosten (m. a. W. die optimale Betriebsgröße) in der Nähe der Gesamtkapazität des Marktes liegt, kann man von natürlichen Monopolen sprechen. Hier sieht sich die Wirtschaftspolitik dem Dilemma gegenüber, zwischen der technischen Effizienz durch Betriebsgrößenvorteile auf der einen Seite und der monopolistischen Marktmacht durch die Unternehmensgröße auf der anderen Seite abzuwägen (Bartel 1990b). Diese Situation eines trade-off verlangt in jedem Fall eine sorgfältige Wettbewerbspolitik, sei es in Form einer Regierungspolitik gegenüber dem Monopolisten oder einer Strukturpolitik zur Erhaltung der polypolistischen Marktform (Frey 1981, S.70ff.). Im Zuge der allgemeinen Liberalisierungs- bzw. Deregulierungstendenz wird beim Abbau der Bürokratie jedoch mitunter auch die staatliche Wettbewerbsbehörde dezimiert, wie z. B. in den USA der 80er Jahre (Hotz 1982). Dadurch werden Kosten aus dem öffentlichen Sektor ausgelagert. Aber in Abwesenheit funktionsfähigen Wettbewerbs entstehen gesellschaftliche Kosten (öffentliche Übel wie z. B. Übervorteilung oder Angebotsverknappung), die als Umwegkosten (Alternativkosten der Deregulierungspolitik) wieder in den öffentlichen Budgets ihren Niederschlag finden (Steuerausfall, Transfers zum Ausgleich sozialer Härten, etc.). Hofft man dabei auf das (wie oben angedeutet) so problematische Konzept des freien Wettbewerbs oder ist eine solche Vorgangsweise eher interessenpolitisch zu verstehen? Schon Adam Smith (1776, S. 112) erkannte, daß es in der Natur des Menschen und der freien Marktwirtschaft liegt, den persönlichen Eigennutzen zu maximieren und daher zu versuchen, das bestehende System etwa für wettbewerbshemmende Maßnahmen auszunützen bzw. zu beeinflussen und dadurch in Summe (ungewollt) auszuhöhlen.

Zu 2. Öffentliche Güter sind nicht unbedingt ident mit den vom Staat angebotenen Kollektivgütern, sondern sie sind entscheidend durch ihre Gütereigenschaften – Nichtrivalität im Konsum und Nichtausschließbarkeit vom Konsum – bestimmt. Da es nur wenige reine öffentliche Güter gibt, kann die Befriedigung öffentlicher Bedürfnisse teilweise durch private Substitutionsgüter erreicht werden (Pommerehne 1988). Dies kann zu Problemen führen. Wenn etwa in einer politischen Phase „gesunde Staatsfinanzen" (ausgeglichene Budgets) nicht den Rang eines ökonomischen Ziels (Zwischenziels), sondern eines gesellschaftlichen Ziels (Oberziels) haben, ist aus dieser Perspektive Galbraiths Vision von „privatem Reichtum und öffentlicher Armut" verständlich. Aus einer

Verlagerung von öffentlichen zu privaten Gütern ergeben sich ungünstige Auswirkungen auf die Versorgungs- und Verteilungssituation, die dann stärker durch die marktlichen Wettbewerbsergebnisse bestimmt werden als durch wohlfahrtspolitische Überlegungen. Darunter kann auch die Allokationseffizienz leiden. Eine solche Situation erscheint besonders problematisch, wenn das Modell des Marktes für private Güter - mit normativem Charakter versehen - grundsätzlich auf Angebot an und Nachfrage nach öffentlichen Gütern übertragen wird. In diesem Fall wird das Prinzip der Konsumentensouveränität sowohl unter dem Angebots- als auch unter dem Finanzierungsaspekt realisiert: zum einen durch die Nachfragebestimmtheit des Kollektivgüterangebots und zum anderen durch das Äquivalenzprinzip der Besteuerung. Im Grunde genommen wird dadurch die Entscheidung über die Allokation öffentlicher Güter durch analoge Anwendung der individuellen Entscheidungsmechanismen für die Allokation privater Güter (also durch Mehrheitsentscheidungen) gelöst. Ganz abgesehen von den dabei möglicherweise auftretenden kollektiven Entscheidungsparadoxa (Arrow 1963) wird gerade dem besonderen Charakter öffentlicher Güter – dem „Allmendeproblem“[7] – nicht Rechnung getragen. Wähler, die im Sinne des homo oeconomicus rational handeln, werden ihre Entscheidung jeweils zugunsten jener Angebots- und Finanzierungsprogramme kollektiver Güter treffen, die ihnen die größten Nettonutzen stiften. Gesamtwirtschaftliche Überlegungen und Entscheidungsmotive im Sinne des Modells vom „wohlwollenden Diktator“ werden dabei kaum (nur in klar evidenten Negativsummenspielen) zum Tragen kommen (Fehr 1986). Darüber hinaus werden die eigennutzorientierten Abstimmungsergebnisse v. a. jene sozialen Guppen systematisch benachteiligen, die ihre spezifischen Interessen aus Gründen des geringen Anteils an der Wahlbevölkerung und/oder der geringen Einflußmöglichkeiten auf die öffentliche Meinung nicht durchsetzen können (vgl. Renaud 1989, S. 42 ff.)[8].

Zu 3. Es gibt eine Vielzahl von privaten Gütern, wo grundsätzlich Rivalität im und Ausschließbarkeit vom Konsum gilt, die jedoch positive oder negative externe Effekte (Nutzen- bzw. Kosten-spill-overs) in der Produktion wie im Konsum aufweisen. Die unvollständige Begrenzbarkeit von Kosten und Nutzen auf die jeweiligen Verursacher führt zu marktlichen Anreizproblemen bei der Erstellung und Konsumierung jener Güter, die mit Externalitäten behaftet sind. Die Aufgabe und das Problem der Wirtschaftspolitik in der Marktwirtschaft ist daher die verursachergemäße Internalisierung der positiven und negativen Externalitäten. Dies kann auf zwei Arten erfolgen: entweder durch indirekte Lenkungsmaßnahmen (Subventionen, indirekte Steuern) oder durch unmittelbare Internalisierung (Auflagen in Gestalt von Ge- und Verboten, „verdienstvolle“ Bereitstellung dieser Güter durch den Staat als meritorische Güter). Wie die Realität zeigt, gehören die staatlichen Eingriffe in den Marktmechanismus allerdings zu den heiklen Bereichen der Wirtschaftspolitik, insbesondere unter dem Aspekt wirtschaftlicher Partikularinteressen. Das hartnäckige Auftreten von Politikversagen im Bereich von Regulierungspolitik und Kollektivgüterbereitstellung führt immer

wieder zu Programmen der Deregulierung und der Privatisierung öffentlicher Aufgaben. Dabei wird leicht übersehen, daß es ursprünglich legitime ökonomische Gründe waren, die zu den Interventionen geführt haben. Vielfach war nicht die Intervention im grundsätzlichen unangebracht, sondern waren die Durchführungsbedingungen und Ausführungsmethoden ungeeignet.

2.4 Allokationspolitische Strategien und Ursachen für Politikversagen

Es kommt bisweilen vor, daß angesichts von Politikversagen das Bewußtsein um das Marktversagen völlig in den Hintergrund gedrängt wird. Dies gilt in analoger Weise auch umgekehrt. Vor allem in Bereichen wie den drei oben genannten Bereichen zwingenden Marktversagens wird das Marktversagen schwerer wiegen als das Politikversagen. In einem solchen Fall sollte nicht überlegt werden sollte, *ob,* sondern vielmehr *wie* und *wie weit* der Staat am besten wirtschaftspolitisch eingreifen sollte. Für die Erfüllung seiner Allokationsfunktion, d. h. für die Überwindung von Allokationseffizienzen, stehen dem Staat verschiedene wirtschaftspolitische Strategien offen:

1. Regulierungspolitik (in Gestalt von Wirtschaftsordnungs- und Marktinterventionspolitik),
2. selektive Staatsnachfragepolitik (in Form von „contracting out" oder „franchising"[9] und
3. öffentliche Produktion.

Wichtig ist, daß man sich bei der allokationspolitischen Ausgestaltung bewußt ist, welche typischen Phänomene als Probleme der Regulierungspolitik jeweils auftreten (können) und wie man mit ihnen durch das „policy design" bereits im voraus begegnen kann. Diese Probleme stellen sich wie folgt dar:

1. Die Informationsasymmetrie zugunsten des Regulierten führt zu einem Kontrollproblem für den Regulierer, denn gemäß den marktwirtschaftlichen Verhaltensanreizen versucht der Regulierte legitimerweise, das Regulierungssystem und seine Freiräume zu seinem individuellen Vorteil bestmöglich auszunutzen; darunter kann schließlich die Regulierungseffizienz leiden: Das Rentabilitätsmaximum weicht vom Wohlfahrtsmaximum ab (Kaufer 1980, S. 375 ff.).
2. Mit den Mitteln des Lobbyismus versuchen Interessengrupen, sowohl bei als auch nach der Festlegung der Regulierungsnormen die Umverteilung von Nettonutzen zugunsten ihrer Mitglieder und auf Kosten der Allgemeinheit durchzusetzen (prä- und post-konstitutionelles „rent seeking"). Durch dieses Abschöpfen von Renten wird zumeist von der Konsumentenrente auf die Produzentenrente umverteilt und so die Gesamtwohlfahrt reduziert (Weizsäcker 1982).
3. Die Persistenz des Status quo der Regulierung verringert unter veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Regulierungseffizienz; vor allem bei wenig merklicher Umverteilung von einer Großgruppe auf eine Kleingruppe verhindert der öffentliche-Gut-

Charakter von Regulierungseffizienz Verbesserungen der Allokationseffizienz[10].

Bei der staatlichen Produktion von öffentlichen und meritorischen Gütern treten ebenfalls typische Phänomene auf, welche die Allokationseffizienz verringern (Schneider und Bartel 1989):

1. Im öffentlichen Sektor fehlt der erwerbswirtschaftliche Kontrolldruck seitens eines Marktes im Hinblick auf ökonomisch rationales Verhalten.
2. In einem derart geschützten Sektor kommt es zu einer starken bürokratischen Eigendynamik. Unter bürokratischen Bedingungen entsteht selbst in einem marktwirtschaftlichen System sogenannte X-Effizienz als eine spezielle Form der Allokationseffizienz[11]. Das Anreizsystem im öffentlichen Sektor führt schließlich dazu, daß das Verhalten eines rational den Eigennutzen maximierenden Individuums systematisch auf Maximierung der Inputs ausgerichtet ist.
3. Der öffentliche Sektor stellt das vorteilhafteste Instrumentarium für die unmittelbare Beeinflussung der Wirtschaft durch die Regierung zur Erzielung/Vermeidung externer Effekte bzw. zur Erreichung kurzfristiger wirtschafts-/wahlpolitischer Erfolge.
4. Die Effizienz der öffentlichen Mittelverwendung stellt ein öffentliches Gut dar, dessen optimale Realisierung unter dem Trittbrettfahrer-Verhalten der Steuerzahler leidet.

Im Bereich der selektiven Staatsnachfragepolitik finden sich die allokationspolitischen Probleme, die sowohl in der Regulierungspolitik als auch bei der öffentlichen Produktion vorkommen.

3. Distribution, Effizienz und soziale „Gerechtigkeit"

Das marktwirtschaftliche Konzept beruht in seiner Normativität sehr stark auf den Aussagen Adam Smiths (1776) über die Interessenharmonie der Wirtschaftssubjekte und die Maximierung der „Wohlfahrt der Nationen". Über die Gerechtigkeit der Verteilung des Wohlstandes wird jedoch außer dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Einrichtung sozialer Dienste keine Aussage getroffen. Die spätere Einbeziehung der Grenzproduktivitätstheorie als normative Basis für die Einkommensverteilung ist in zweierlei Hinsicht unbefriedigend: Zum einen hängt die Grenzproduktentlohnung der Produktionsfaktoren strikt von der Verwirklichung aller Prämissen des Modells der vollständigen Konkurrenz ab; jede Einflußmöglichkeit einer einzelnen Wirtschaftseinheit auf den Faktor- oder Produktpreis führt zu einer Minderentlohnung bzw. Monopolrente (Stobbe 1983, S. 243 ff.). Zum anderen bleibt die Anfangsausstattung als Präjudiz für das Verteilungsergebnis ungeregelt; letzteres führte auch dazu, daß die Notwendigkeit der Korrektur der marktlichen Primärverteilung der Einkommen durch staatliche Umverteilung zumindest prinzipiell akzeptiert wurde. Neben der grundsätzlichen Frage nach der Legimität der Umverteilung stellt sich die viel heiklere und stark kontroverse Frage des Ausmaßes der Umverteilung. Das Haupt-

problem in dieser Frage ergibt sich bereits, bevor entschieden werden kann, was als gerecht angesehen wird: Es besteht in der Unmöglichkeit der kardinalen Nutzenerfassung und infolgedessen in der Unmöglichkeit interpersoneller Nutzenvergleiche. Daher ist auch realistischerweise keine personelle Einkommensverteilung eruierbar, welche die gesellschaftliche Wohlfahrt maximiert. Als Ausweg aus der methodischen Sackgasse wurde das Pinzip von Vilfredo Pareto als Effizienzprinzip der Verteilung gewählt. Durch diese Norm wird jedoch der Umverteilungsspielraum durch die relative Anfangsausstattung an Ressourcen eng begrenzt. Erstens macht der Status quo der Verteilung substantielle Umverteilungen unmöglich. Zweitens entscheiden das Verhandlungsgeschick, die Verhandlungsmacht und die Normen in der Ausgangssituation darüber, welches Individuum bessergestellt wird[12]. Dennoch ist das Pareto-Kriterium in der heutigen Wirtschaftstheoie das dominante Effizienzkriterium. Die Wissenschaft (genauer: die normative Ökonomie) enthält sich bzw. muß sich einer exakten und gleichzeitig operationalen Analyse der Verteilung enthalten, welche über die Ökonomie der Grenzproduktivität und der Pareto-Effizienz hinausgeht. Im Fall der gesellschaftlichen Akzeptanz des Pareto-Prinzips überläßt die theoretische der praktischen Wirtschaftspolitik einen kleinen, in der Verteilungsrichtung nicht festgelegten Spielraum in der *mittelbaren* Umverteilung durch die Regelung der rechtlichen und materiellen Anfangsausstattung; im Bereich der *unmittelbaren* Umverteilung der Markteinkommen verbleibt aus Gründen des Theoriedefizits notgedrungen ein großer willkürlicher Spielraum, der durch Werturteile jeglicher Art ausgefüllt wird (vgl. die wenig operationale Argumentation mit den „Opferprinzipien")[13]. Die praktische Konsequenz dessen liegt darin, daß das wirtschaftspolitische Oberziel in marktwirtschaftlichen Systemen die Knappheitsreduktion und nicht notwendigerweise die (auch qualitative) Wohlfahrtsmaximierung ist, die auch von Verteilungsfaktoren determiniert wird. Das begründet die grundsätzliche Priorität des Prinzips der Leistungsgerechtigkeit (des Anreizaspekts) vor dem Prinzip der Bedürfnisgerechtigkeit (dem sozialen Aspekt) in der normativen Wirtschaftspolitik in marktwirtschaftlichen Systemen. In der marktwirtschaftlichen Sicht steht Umverteilungspolitik einem trade-off zwischen ökonomischer Effizienz und sozialem Ausgleich gegenüber. In der Einschätzung dieses trade-offs ist das Kriterium der ökonomischen Effizienz relativ leicht erfaßbar. Sozialer Ausgleich ist hingegen eine hauptsächlich subjektive Kategorie (z. B. die Festlegung des kulturellen bzw. zumutbaren Existenzminimums). Allein dadurch ergibt sich schon eine Akzentverschiebung in Richtung des Leistungsprinzips. Außerdem wird der Mißbrauch öffentlicher Sozialleistungen – dieser ist gerade in einem auf Individualinteressen ausgerichteten Gesellschaftssystem klarerweise besonders naheliegend – aus der im Marktwirtschaftskonzept dominierenden Effizienzperspektive in erster Linie als Ressourcenverschwendung interpretiert und viel weniger als (systembedingter) „Preis", der für ein Klima der sozialen Sicherheit und Menschenwürde als einer Komponente der Gesamtwohlfahrt bezahlt werden muß. Darüber hinaus

ist die Umverteilung in der wirtschaftspolitischen Praxis stark interessen- bzw. machtbestimmt, indem die Nettozahler der Umverteilung im wesentlichen die Art und das Ausmaß der Umverteilung bestimmen. Daraus werden Phänomene verständlich, wie etwa die Mangelhaftigkeit von Verteilungsstatistiken und die langfristige Konstanz der bereinigten Lohnquote (vgl. Guger 1989).

Verteilungsgerechtigkeit ist als öffentliches Gut anzusehen. Gerade in einem marktwirtschaftlichen System, wo Wettbewerb ohne Berücksichtigung sozialer/altruistischer Entscheidungsmotive die Norm ist, weil Eigennutzmaximierung die notwendige und legitime Handlungsmaxime ist, muß der Markt im Hinblick auf die Verteilungsgerechtigkeit versagen. Auf dieser Ebene ist die radikale Kritik an der marktwirtschaftlichen Konzeption angesiedelt, welche aus ethischen Gründen die Substitution des Wettbewerbsprinzips durch das Solidarprinzip als gesellschaftliches Gestaltungsprinzip fordert (Rothschild 1980).

4. Stabilisierung

4.1 Modellanalysen und stabilisierungspolitische Intervention

Unterauslastung der Ressourcen stellt Einbußen gegenüber dem potentiellen Wohlstandsmaximum dar und bietet, falls die Theorie der Wirtschaftspolitik Erfolgschancen in der Verstetigung des Niveaus der wirtschaftlichen Aktivität verheißt, einen Grund für eine entsprechende wirtschaftspolitische Intervention. Aussagen über stabilisierungspolitische Zielerreichung (teleologisches Werturteil) werden bereits durch die Sichtweise der Wirtschaft und daher durch die Auswahl des Erklärungs- bzw. wirtschaftspolitischen Modells (ontologisches Werturteil) vorbestimmt. Das marktwirtschaftliche Allokationsmodell neoklassischen, marginalistischen Typs entstand als Theorie des nutzenmaximierenden Haushalts. Dieselbe marginalistische Methodik wurde später für eine Theorie der gewinnmaximierenden Unternehmung angewandt. Schließlich wurde der Analysebereich auf die gesamtwirtschaftliche Produktion ausgeweitet. Das Resultat ist eine makroökonomische Theorie mit grundsätzlich mikroökonomischem Charakter. Sie zeichnet sich daher durch ihre primäre Ausrichtung auf Probleme aus, die mit analogen mikroökonomischen Fragestellungen kompatibel sind. Die besondere Leistungsfähigkeit der neoklassischen Makroökonomie besteht in der Beantwortung der Fragen nach dem optimalen Ressourceneinsatz unter echten Knappheitsbedingungen. Ihr Ziel besteht daher hauptsächlich in der Erklärung der Produktivitätsmaximierung bei Vollauslastung der Ressourcen: Sie zeigt die logischen Bedingungen auf, unter denen die Struktur der relativen Preise dazu führt, daß bei Einsatz aller Produktionsfaktoren der potentielle Output erreicht wird. Das einzige Zielkriterium ist folglich die ökonomische Effizienz (maximale Knappheitsreduktion). Aus dem skizzierten Entstehungszusammenhang ergeben sich

charakteristische Probleme für die plausible Erklärung typisch makroökonomischer Phänomene. Dies sind zum einen das Inflationsproblem (die Erklärung absoluter Preise und des allgemeinen Preisniveaus) und zum anderen Kreislaufprobleme (Absatzprobleme, Unterauslastung und Massenarbeitslosigkeit). Werden diese Probleme nicht bloß als außergewöhnliche, vorübergehende Phänomene angesehen (ontologisches Werturteil), so ändert sich klarerweise die problembezogene Fragestellung der angewandten Wirtschaftsforschung und -politik (etwa kurzfristige Krisenpolitik neben langfristiger Wachstumspolitik). Konkurrierende Wirtschaftstheorien, welche in Unterauslastungsfragen komparative Erklärungsvorteile besitzen, werden unter den entsprechenden Rahmenbedingungen (v. a. längerfristige Massenarbeitslosigkeit) „aufgewertet" (Kuhn 1970).

Naheliegenderweise wurden angesichts endemischer, typisch makroökonomischer Probleme Ergänzungen zur Vervollkommnung der neoklassischen Theorie als eine makroökonomische Theorie mit universellem Geltungsanspruch (allgemeine Theorie) vorgenommen. Im Hinblick auf das Inflationsproblem ging man von der Quantitätsgleichung des Geldes als einer Definitionsgleichung bzw. Gleichgewichtsbedingung aus. Durch die Setzung von Prämissen konnte eine Hypothese über die (von den Post-Keynesianern bestrittene) Kausalrichtung zwischen Geldmenge und Preisniveau aufgestellt werden (Jarchow 1976, S. 188 ff.)[14]. Ein Problem, nämlich die exakte Erklärung der Aufteilung von Geldmengenänderungen auf Output- und Preiseffekte, ist als das „Friedman Puzzle" bekannt geworden (Weintraub 1978).

Das zweite typisch makroökonomische Problem ist das Paradoxon der Unterauslastung der Ressourcen bei gleichzeitiger Ressourcenknappheit und schier unbegrenzten Bedürfnissen der Konsumenten. Aus der Sicht der Neoklassik stellt denn auch Unterbeschäftigung den Ausnahmefall zum Normalfall des Vollbeschäftigungsgleichgewichts dar. Der Normalitätscharakter der Vollauslastung ergibt sich aus der Postulierung des Gesetzes von Jean Baptiste Say (1803), wonach keine Gesamtnachfragedefizite auftreten könnten. Dieses gilt uneingeschränkt für eine Tauschwirtschaft, wo jede Produktion über den Eigenbedarf (inklusive Lagerung) hinaus sinnvollerweise nur Tauschmittel für und somit Nachfrage nach anderen Gütern darstellt. Im Rahmen einer Geldwirtschaft kann das Saysche Gesetz als Identität zwischen den spiegelbildlich korrespondierenden Ausgaben und Einnahmen bei der Abwicklung jeglicher Transaktionen interpretiert werden. Dies löst jedoch nicht das Problem der Wertaufbewahrung (Ersparnis als Nichtkonsum). Eine Auslegungsvariante ist der Pigou-Effekt, daß nämlich ein Nachfragerückgang nach Gütern einen Nachfrageanstieg nach Realkassa bedeutet, eine relative Preissenkung der Güter bewirkt und das Finanzvermögen aufwertet, so daß die zusätzliche Güternachfrage der Finanzvermögensbesitzer das Güternachfragedefizit schließlich kompensiert. Eine weitere Interpretation des Sayschen Gesetzes ist der Zinsenausgleichsautomatismus. Auf dem Finanzmarkt werden über den Zinssatz als Ausgleichsvariable die Entscheidungen über die Zukunftsnachfrage nach Konsumgütern (der

gegenwärtigen Ersparnis als Nicht-Konsum) und dem zukünftigen Angebot an Konsumgütern (der gegenwärtigen Nachfrage nach Investitionsgütern) koordiniert (Blaug 1972). Allerdings gibt es gegen diese Interpretationsvarianten einige gewichtige Einwände[15]. Diese dienen schließlich z. T. auch der Ungleichgewichtstheorie als Ansatzpunkte, um im Rahmen marginalistischer Modelle selbst bei flexiblen Preisen Unterauslastungsgleichgewichte zu erklären[16]. Als Konsequenz des Sayschen Gesetzes in jeglicher Form ergibt sich, daß entstehende Ungleichgewichte nur struktureller und vorübergehender Art sind, da sie durch Anpassung der relativen Preise bzw. des Zinssatzes ausgeglichen werden. Dies stellt jedoch nicht das Ergebnis einer Kreislauf- oder dynamischen Analyse dar, sondern beruht auf Prämissen über Anpassungsvorgänge innerhalb komparativ-statischer Modelle, welche den die Realität stark prägenden historischen Zeitablauf nicht abbilden können (Bartel 1990c).

Die Betrachtung der Realität läßt es plausibel erscheinen, daß Unterauslastung eher den Normalfall als den Ausnahmefall darstellt (Rothschild 1983). Dieses empirische Bild wird von neoklassischen Ökonomen im allgemeinen dadurch erklärt, daß die Prämissen für einen funktionsfähigen Wettbewerb, insbesondere vollkommen flexible Preise, in Wirklichkeit nicht erfüllt sind. Daraus ergibt sich die grundsätzliche Frage, ob es sinnvoll ist, die Verwirklichung des Modells vollständigen Wettbewerbs als Realtypus anzustreben, wenn die Realisierung aller dafür notwendigen Bedingungen zwangsläufig an den Eigentümlichkeiten der Wirtschaftspraxis scheitert (etwa Unternehmensgröße oder Güterinhomogenität). Denn falls auch nur eine der Prämissen nicht erfüllt ist, muß das erzielte Ergebnis nicht unbedingt die „second-best"-Lösung darstellen (z. B. Rothschild 1981, S.13).

4.2 Pro und kontra Nachfragesteuerung

Seit der Weltwirtschaftskrise ist die Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung allmählich als dritte der wirtschaftspolitischen Staatsfunktionen hinzugekommen und wird von der Mehrheit der Ökonomen zumindest grundsätzlich akzeptiert (Cairncross 1976). Denn Stabilität der Wirtschaftsentwicklung kann ebenso wie Allokationseffizienz bei Marktversagen und Verteilungs„gerechtigkeit" als typisches öffentliches Gut angesehen werden (z. B. Nowotny 1987, S. 29 f.). Im Hinblick auf wirtschaftliche Stabilität entsteht Marktversagen ebenfalls durch die schon öfters angedeutete Gegensätzlichkeit einzelwirtschaftlich rationalen und gesamtwirtschaftlich vorteilhaften Verhaltens (Mikro-Makro-Paradoxa)[17]. In Situationen typischer Mikro-Makro-Probleme ist eine wirtschaftspolitische Instanz erforderlich, welche sich nicht individuell nutzenmaximierend verhält, sondern nach gesamtwirtschaftlichen Kriterien handelt.

Die Bedeutung dieses Erkenntnisstandes der theoretischen Wirtschaftspolitik ist jedoch für die Periode etwa seit den 80er Jahren zu relativieren. Auf seiten der Praxis ist dazu folgendes zu bemerken: Seit-

dem in der weltweiten Krisenperiode (etwa 1974–83) die Politik der Nachfragesteuerung alleine nicht den (illusionärerweise) erwarteten langfristigen Erfolg bei der Bekämpfung angebotsseitiger Probleme hatte, die natürlich auch Probleme der effektiven Nachfrage verursachten, seit der merklichen Zunahme der Schuldendienstquoten an den öffentlichen Budgets und den dadurch induzierten Budgetkonsolidierungsbestrebungen und schließlich seit der abermaligen Phase starker Wachstumszyklen ab Mitte der 80er Jahre ist es um nachfrageseitige Wirtschaftspolitik sehr still geworden. Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik steht (ähnlich wie zuvor die Nachfragepolitik ziemlich isoliert von begleitenden Politiken) zumindest in den bekundeten Konzepten an der vordersten Front der Wirtschaftspolitik. Daran sind nicht zuletzt auch die altbekannten Probleme schuld, mit denen eine Politik der antizyklischen Nachfragesteuerung verbunden ist[18]. Immerhin Nachfragesteuerung wird von liberalen und gemäßigt-konservativen Ökonomen als kreislaufpolitische Absicherung angebotsorientierter Wirtschaftspolitik durchaus befürwortet (z. B. Issing 1982).

Auf seiten der Theorie muß die Akzeptanz der staatlichen Stabilisierungsfunktion nicht unwesentlich relativiert werden: Selbst wenn konjunkturelle Unterauslastung als kreislaufökonomisches Problem zur Kenntnis genommen wird, muß dies noch immer nicht bedeuten, daß es auch als Problem (d. h. als Aufgabe) der Wirtschaftspolitik akzeptiert wird. Damit ist die Frage der Effektivität der Stabilisierungspolitik angesprochen. Die so populäre wie umstrittene „policy ineffectiveness proposition" (PIP, die Hypothese von der gänzlichen Unwirksamkeit von Nachfragepolitik) von Thomas J. Sargent und Neil Wallace (1975) geht noch über Milton Friedman's „fooling model" (1968) hinaus. Die PIP beruht existentiell auf der Annahme der rationalen Erwartungen (Muth 1961), die voraussetzt, daß alle Wirtschaftsteilnehmer augrund ihrer Erfahrung über ein ökonomisches Wissen wie aus einem Lehrbuch im Sinne von Lucas-Sargent-Wallace verfügen. Daher wissen sie bereits im voraus, daß staatliche Nachfragestützung nur zu inflatorischen, letztlich aber nicht zu realwirtschaftlichen Effekten führt, und dehnen daher ihre ökonomische Aktivität angesichts einer wirtschaftspolitischen Expansion sinnvollerweise gar nicht aus, sondern erhöhen nur die Preise. Diese Theorie ist allerdings nicht unwidersprochen geblieben (z. B. Buiter 1980). Die Fragen nach der Kausalrichtung zwischen Angebot und Nachfrage, nach dem Verhältnis zwischen Geldmenge und Inflation sowie nach der Effektivität von Stabilisierungspolitik sind zentrale Punkte, an denen sich die wirtschaftswissenschaftlichen Anschauungen scheiden, sich zu gegensätzlichen „-ismen" formieren, unbeschadet der Beantwortung konkreter Sachfragen wohl noch lange bestehen bleiben und einen universellen Geltungsanspruch erheben werden. Dabei sind diese Schulen der Nationalökonomie in sich sehr heterogen, und es bereitet bisweilen große Schwierigkeiten, Überschneidungen abzuklären und genauere Zuordnungen zu treffen. Gerade auch in der wirtschaftspolitischen Praxis, wo die Dogmen der Nationalökonomie in konkreten Wirtschaftsprogrammen zum Ausdruck kommen und rivalisieren, ist die

Konsistenz der angewandten wirtschaftspolitischen Konzepte nicht immer gegeben (Schneider 1989 und Hotz 1982).

5. Schlußbemerkungen

Die Entscheidung für eine bestimmte wirtschaftspolitische Konzeption bzw. konkrete Maßnahme stellt eine Positionierung der wirtschaftspolitischen Auffassung von den dominierenden Problemen der sozialen Realität dar. Das ist eine Positionierung gegenüber den beiden Extremfällen vollkommenen Marktversagens auf der einen und völligen Politikversagen auf der anderen Seite.

Aufgabe der Wissenschaft und Politik wäre es, in Situationen des Systemwandels wie zum gegenwärtigen Zeitpunkt den Betroffenen die relevanten, typisch ökonomischen Überlegungen und Entscheidungen nahezubringen:

a) Auf welchen ideologischen, ontologischen und teleologischen Werturteilen sowie auf welchen wissenschaftlichen Argumenten und empirischen Befunden beruhen zum einen die Ziel- bzw. Systemvorstellungen und zum anderen die Maßnahmen zur Zielerreichung? (Aufgabe der Transparentmachung der politischen Entscheidungen)
b) Welche Vorteile müssen bei der betreffenden Politik durch welche Nachteile erkauft werden? (Problem der trade-offs)
c) Wie sieht die personale und regionale Verteilung dieser Vor- und Nachteile aus? (Frage der Politikinzidenz)
d) Welche flankierenden (meist schwierigen, wirtschaftspolitisches Fingerspitzengefühl erfordernden) Maßnahmenpakete sind erforderlich, die zwangsläufig auftretenden nachteiligen Nebeneffekte der betreffenden Politik in bezug auf Gesamtwohlfahrt und Verteilung möglichst gering zu halten? (Aufgabe der Minimierung der negativen Nebeneffekte)

Im Hinblick auf die Verteilungswirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen ist es zu beachten, daß in der Wirtschaftspolitik die formelle Verfolgung des Gleichheitsgrundsatzes zugunsten einer inhaltlichen Gleichstellung zu relativieren ist. Eine Gleichbehandlung aller Wirtschaftssubjekte macht aufgrund faktischer Ungleichheiten in der Ausgangsposition des Wettbewerbs der Interessen eine diskriminierende Ausgestaltung der Politik geradezu erforderlich. Die sachliche Rechtfertigung von differenzierenden Ausgestaltungen der Wirtschaftspolitik nach Interessengruppen eröffnet jedenfalls einen beträchtlichen diskretionären Auslegungsspielraum. Es ist in diesem Zusammenhang eine subtile Aufgabe der Wirtschaftsordnungspolitik, permanent eine gesellschaftspolitisch angemessene Abgrenzung zwischen dem Schutz sozialökonomisch benachteiligter Gruppen und der Erhaltung bestehender wirtschaftlicher Machtpositionen und ungerechtfertigter Privilegien zu suchen (Nowotny 1989, S. 126).

Zumal hinter jeder wissenschaftlichen und politischen Position zwangsläufig Werthaltungen stehen, ist es ausgesprochen wichtig, diese

mit Hilfe der Empirie bestmöglich zurechtzurücken. Dabei ist jedoch zuzugeben, daß selbst der Empirie trotz ihrer streng formalen Ausrichtung nicht zu unterschätzende Werturteile zugrunde liegen (Bartel 1991).

Bei der Gestaltung der institutionellen (verfassungsmäßigen) Rahmenbedingungen für die staatliche Wirtschaftspolitik sollte die unter repräsentativ-demokratischen Bedingungen auftretende Anreiz- und Verhaltensproblematik des Politikers als „politischer Unternehmer" Berücksichtigung finden. Dabei sollte die Regulierung des politischen Bereichs sorgfältig gegen die Dezimierung der wirtschaftspolitischen Kompetenz abgewogen werden.

Anmerkungen

1 Vgl. für Österreich Neck (1990), Winckler (1988), Hawlik und Schüssel (1985) sowie Platzer (1987), für die USA Blanchard (1987) und Hotz (1983), für GB Matthews und Minford (1987) sowie für die BRD Hellwig und Neumann (1987).

2 Für die osteuropäischen Staaten vgl. Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (1990), Kramer und Stankovsky (1990) sowie speziell für Polen Lipton und Sachs (1990). Aber auch in Westeuropa werden sich in diesem Jahrzehnt die sozialen Konsequenzen der Einigung Westeuropas im allgemeinen und Deutschlands im besonderen erst deutlich abzeichnen. Vgl. dazu Mosley (1990).

3 Die Frage nach den Ursachen dieser wissenschaftsmethodischen Problematik kann aus Platzgründen hier nicht beantwortet werden. Vgl. dazu Bartel 1990a.

4 Zur Werturteilungsproblematik vgl. Bartel (1990a).

5 Die Modellvoraussetzungen für allgemeines Gleichgewicht sind polypolistische Marktform, vollständige Transparenz und Information auf den Märkten, Homogenität der Güter, Produktionsfunktionen mit abnehmenden Grenzprodukten, völlige Flexibilität der Preise und unendlich rasche Anpassungsreaktionen.

6 Ein Unsicherheitszustand über die individuelle Nettonutzenposition kann vielleicht für die österreichische Steuerreform 1989 angenommen werden, aber wohl kaum für eine Situation, in der ein kleiner neuer Teilnehmer in ein vorgefestigtes, funktionierendes System integriert wird, wo die Erwartungsunsicherheit nur marginal ist und v. a. aus Gründen der Informationsasymmetrie hauptsächlich auf seiten des Beitretenden und dort besonders bei den schlechter organisierten Interessengruppen liegt. Dies bezieht sich etwa auf den Beitritt der DDR-Länder zur BRD oder jenen Österreichs zur EG.

7 Die Allmende (Gemeindewiese) ist das klassische finanzwissenschaftliche Beispiel für Gemeineigentum, bei dem die Besitzverhältnisse (Rechte und Pflichten) nicht exakt geregelt sind. Daraus ergeben sich typischerweise Effizienzprobleme, da die Allmende durch das Eigennutzverhalten der Miteigenümer zuwenig gepflegt und zu intensiv genutzt wird.

8 Demgegenüber wird das Prinzip der Konsumentensouveränität bei öffentlichen Gütern mit zwei Argumenten propagiert: Erstens ist das Modellbild des „wohlwollenden Diktators" aus analytischen wie aus politisch-ökonomischen Gründen nicht realisierbar, und zweitens bezieht der Souverän gesamtwirtschaftliche Überlegungen bei hinreichendem, kostenniedrigen Informationsangebot durchaus in seine Abstimmungsentscheidungen ein.

9 Das bedeutet staatliche Auftragsvergabe unter speziellen allokativen Kriterien bezüglich Mengen, Qualität und Produzentenpreisen, so daß der allokationseffiziente Output vom Staat bestimmt, von Privatunternehmen produziert und wiederum vom Staat nach gesamtgesellschaftlichen Zielen (Konsumentenpreise, soziale Aspekte, Versorgungsstandards) als Kollektivgut abgegeben wird.

10 Öffentlicher-Gut-Charakter bedeutet in diesem Zusammenhang, daß der Nutzen aus der Regulierungsreform nicht auf ihren Betreiber begrenzt ist, sondern allen Betroffe-

nen zugute kommt. Einem etwaigen Betreiber der Reform erwachsen auf alle Fälle aus seinen Bemühungen Kosten, der Erfolg kann ihm als Einzelperson jedoch nicht sicher sein. Deswegen und weil im Erfolgsfall der Nutzenzuwachs auch die übrigen Nutznießer begünstigt, unterläßt ein Homo oeconomicus die Initiative zur Reform und hofft, daß andere das öffentliche Gut Regulierungseffizienz bereitstellen.

11 Harvey Leibenstein bezeichnet als X-Effizienz jene Produktions*in*effizienz, die durch die Differenz zwischen maximal möglicher und tatsächlicher Effizienz entsteht, weil die Funktionsausübenden („agents") von den Managern bzw. Eigentümern der Organisation („principals") in ihrem Verhalten nicht genau festgelegt, kontrolliert und gesteuert werden können und weil die „agents" primär persönliche Ziele verfolgen (z. B. „Behaglichkeit während der Arbeit"), die von den effizienzfördernden Zielen der Organisation als juristische Person abweichen, wie sie durch die Eigentümer und – unter Einschränkungen – auch durch die Manager vertreten werden. Vgl. dazu den Überblicksartikel von Reding und Dogs (1986).

12 In einem Box-Diagramm wird der Möglichkeitsraum der Umverteilung durch die Indifferenzkurven der Individuen, die sich im Punkt der Anfangsausstattung an Gütern schneiden, und der Kontraktkurve begrenzt. Bildlich gesprochen entscheidet bei Pareto-effizienten Umverteilungen das Verhandlungsgeschick, über welche (d. h. wessen) Indifferenzkurve die Kontraktkurve erreicht wird, also wer bessergestellt und wer gleichbelassen wird. Ein zusätzlicher, politischer Einfluß auf den Ausgang solcher Umverteilungsverhandlungen kann natürlich durch Normsetzungen (z. B. Umweltrecht oder Erbrecht) ausgeübt werden, so daß die innerhalb der Pareto-optimalen Lösungen möglichen Verhandlungsergebnisse in bestimmte Bahnen gelenkt werden.

13 Vgl. dazu die wenig operationale Argumentation mit den „Opferprinzipien" (z. B. Nowotny 1987, S. 139 ff.).

14 Für die postkeynesianische Position vgl. Moore (1979).

15 Vgl. z. B. Landmann (1976), S.158, 166 ff., 171 f., 175 ff..). Gegen die Wirksamkeit des Pigou-Effektes zur Sicherstellung der den Vollbeschäftigungsoutput absorbierenden Nachfrage werden folgende Einwände angeführt:

a) Die allgemeine Preissenkung begünstigt die Gläubiger und beeinflußt über deren höhere Sparneigung die Gesamtnachfrage negativ.
b) Durch Neufestsetzung der in nominellen Einheiten festgelegten Kontrakte („recontracting") werden stabilisierende Vermögens- und Nachfrageeffekte vermieden.
c) Ein sinkendes Preisniveau führt auf den Märkten für langlebige Konsumgüter über die Baissespekulation der Nachfrager und auf den Investitionsgütermärkten über die Preiserwartungen der Realkapitalinvestoren („marginal efficiency of investment") zu Nachfrageeinschränkungen.

16 Als Überblick über die Ansätze der Ungleichgewichtstheorie vgl. Rothschild (1981). Die Ungleichgewichtstheorie arbeitet v. a. mit Rationierungsansätzen, welche die mangelnde Marktausgleichstendenz der Preise in Richtung Vollbeschäftigungsgleichgewicht erklären: Durch Gütermarkttransaktionen im Ungleichgewicht („false trading"), d. h. zu Preisen, die gegenüber den Gleichgewichtspreisen überhöht sind, kommt es nicht nur zu Einkommensumschichtungen zwischen Käufern und Verkäufern, sondern auch zu (kumulativen) Einkommenseffekten. Aufgrund der strengen Sequenz erstens der Angebotsentscheidungen der Haushalte und Realisierung von Einkommen als Haushaltsbudgets und zweitens der Verausgabungsentscheidungen nach Maßgabe eben dieser Budgets dominieren im Ungleichgewicht die destabilisierenden Mengeneffekte über die stabilisierenden Preiseffekte. Die Neue Mikroökonomik (Landmann 1976, S. 165 ff.) berücksichtigt zudem die Auswirkungen von Informationsdefiziten auf den Märkten, die dazu führen, daß die Preisanpassungen im Ungleichgewicht erst verzögert erfolgen und dadurch die Möglichkeiten für false trading und kumulative Mengen- und Einkommenseffekte steigen.

Gegen den Zinsausgleichsmechanismus, der Sparen und Investieren bzw. Gesamtangebot und -nachfrage koordinieren soll, wird das Argument der fehlenden Koordination der konkreten einzelnen Spar-/Finanzanlageentscheidungen und Investitions-/Sachanlageentscheidungen durch den Finanzmarkt vorgebracht. Sparen ist keine bindende Nachfrageentscheidung für ein bestimmtes Gut zu einem bestimmten künftigen Zeitpunkt; das Finanzkapitalangebot bietet daher keine brauchbare Informati-

on für Realkapitalinvestoren über detaillierte Nachfrageausprägungen in der Zukunft, und Güterterminmärkte bestehen im wesentlichen nur für Rohstoffe. Erschwert wird diese Problematik noch dadurch, daß die Bindungsdauer des Kapitals in Produktivvermögen im Vergleich zum Finanzvermögen, das einfach zu handeln ist, länger, sein Liquiditätsgrad geringer und sein Einsatz daher weniger flexibel ist. Also können Angebotsentscheidungen an Nachfrageänderungen nicht rasch genug angepaßt werden, so daß wiederum Ungleichgewichte und false trading entstehen, deren Konsequenzen nicht so rasch zu überwinden sind.

17 In Situationen von allgemeinem Wirtschaftspessimismus wird durch unbeeinflußte dezentrale Allokation das Problem der unzureichenden Gesamtnachfrage nicht nur nicht gelöst, sondern sogar verschärft. In Rezessionsphasen ist es rational, wenn der private Haushalt sein Vorsichtssparen ausdehnt und die Unternehmung ihre Produktions- und Investitionspläne nach unten korrigiert, wodurch die Gesamtnachfrage noch weiter zurückgeht. Analog verhält es sich mit dem öffentlichen Gut Preisniveaustabilität. Für die einzelne Unternehmung ist es vorteilhaft, den Produktpreis ceteris paribus möglichst hoch anzusetzen, aber die Vorleistungspreise (Outputpreise anderer Unternehmen) und Faktorpreise möglichst niedrig zu halten. Durch diese in der Gesamtwirtschaft systematische Tendenz zu hohen Preisen wird Inflation in Gang gehalten.

18 Folgenden Problemen sieht man sich in der Stabilisierungspolitik gegenüber:

a) Das strategische Verhalten von Unternehmen in Form von Absprachen zur faktischen Ausschaltung des Wettbewerbs um die vom Staat ausgeschriebenen Aufträge führt zu einem teilweisen Verpuffen der realen Nachfrageimpulse in Preiserhöhungen.

b) Der politische Erfolgsdruck der Wirtschaftspolitiker zusammen mit dem hohen Organisationsgrad der gruppenspezifischen Interessen in einer pluralistischen demokratischen Gesellschaft resultieren in einer asymmetrischen zyklischen Entwicklung in Richtung langfristig steigender Staatsausgaben und zunehmender öffentlicher Verschuldung, welche in der Öffentlichkeit (paradoxerweise) den Wunsch nach einer „Gesundung der Staatsfinanzen" immer größer werden läßt.

c) Die unzureichende Selektivität der globalen Nachfragesteuerung und ihre fehlende Eignung zur Lösung angebotsseitiger Probleme (nicht aber für die kreislaufpolitische Absicherung angebotsseitiger Politikmaßnahmen) reduziert die Effektivität einer isolierten und undifferenzierten Nachfragepolitik.

d) Die fehlende internationale Akkordierung der expansiven Stabilisierungspolitik verursacht dem stabilisierungspolitischen Vorreiter Leistungs- und Devisenbilanzprobleme.

Literatur

Arndt, Helmut, 1977, Wirtschaftliche Macht. Tatsachen und Theorien, 2. Auflage, München, Beck

Arrow, Kenneth J., 1963, Social Choice and individual values. 2nd ed., New York, Wiley.

Bartel, Rainer, 1991, Zur Methodenfrage in der empirischen Ökonomie, in: Quartalshefte der Girozentrale (26)

Bartel, Rainer, 1990a, Charakteristik, Methodik und wissenschaftsmethodische Probleme der Wirtschaftswissenschaften, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium (19), 2, 54–59

Bartel, Rainer, 1990b, Organisationsgrößenvor- und -nachteile: Eine strukturierte Auswertung theoretischer und empirischer Literatur in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft (41), 2, 135–159

Bartel, Rainer, 1990c, Rivalisierende Konzepte der Wirtschaftspolitik und ihre Grundlagen, unveröffentlichtes Arbeitspapier, Mimeo, Universität Linz

Blanchard, Oliver J., 1987, Reaganomics, in: Economic Policy, 5, October, 15–56

Blaug, Mark, 1972, Systematische Theoriegeschichte der Ökonomie. Band 2, München, Nymphenburg.

Blümle, Gerold, 1975, Theorie der Einkommensverteilung, Berlin u. a., Springer

Buiter, Willem, 1980, The Macroeconomics of Dr. Panglos. A Critical Survey of the New Classical Macroeconomics, in: The Economic Journal (90), March, 34–50
Cairncross, Alexander, 1976, The Market and the State, in: The Market and the State, ed. by A. Cairncross, Oxford, Clarendon Press, 113–134
Chase, Richard X., 1979, Production Theory, in: A Guide to Post-Keynesian Economics, ed. by A. S. Eichner, London and Basingstroke, MacMillan, 71–86
Cohen, Daniel, 1988, What caused the rise of conservativism: a French view, in: Economic Policy, 6, April, 195–219
Eichner, Alfred S., 1979, Introduction in: A Guide to Post-Keynesian Economics ed. by A. S. Eichner, London und Basingstroke, MacMillan, 3–18
Frey, Bruno S., 1981, Theorie demokratischer Wirtschaftspolitik München, Vahlen
Friedman, Milton, 1968, The Role of Monetary Policy in: The American Economic Review (58), March, 1–17
Guger, Alois, 1989, Einkommensverteilung und Verteilungspolitik in Österreich in: Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik, hrsg. von H. Abele u. a., 3. Auflage, Wien, Manz, 183–202
Hawlik, Johannes und Schüssel, Wolfgang, 1985, Staat laß nach. Vorschläge zur Begrenzung und Privatisierung öffentlicher Aufgaben, Wien – München, Herold
Hellwig, Martin und Neumann, Manfred J. M., 1987, Economic policy in Germany: was there a turnaround?, in: Economic Policy, 5, October, 103–145
Hotz, Beat, 1982, Konservative Wirtschaftspolitik aus neokeynesscher Sicht. Zur Debatte über Reaganomics, in: Wirtschaft und Gesellschaft (8), 3, 579–606,
Issing, Otmar, 1982, Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium (11), 10, 463–468
Jarchow, Hans-Jürgen, 1976, Theorie und Politik des Geld. I. Geldtheorie, 3. Auflage, Göttingen, Vandenhoeck (UTB)
Kaufer, Erich, 1980, Industrieökonomik, München, Vahlen
Kramer, Helmut und Stankovsky, Jan, 1990, Deutsch-deutsche Währungs- und Wirtschaftsunion. Bestandsaufnahme und mögliche Auswirkungen auf Österreich, in: WIFO-Monatsberichte (63), 3, 115–125
Kuhn, Thomas S., 1970, The Structure of Scientific Revolutions. 2nd Ed., Chicago and London, Chicago University Press
Landmann, Oliver, 1976, Keynes in der heutigen Wirtschaftstheorie, in: Der Keynesianismus, hrsg. von G. Bombach, Band 1, Berlin u. a., Springer, 133–210
Lipton, David, and Sachs, Jeffrey, 1990, Creating a Market Economy in Eastern Europe: The Case of Poland, in: Brookings Papers on Economic Activity, 1, 75–133
Matthews, Kent und Minford, Patrick, 1987, Mrs. Thatcher's Economic Policies 1979–87, in: Economic Policy, 5, October, 57–101
Moore, Basil J., 1979, Monetary Factors, in: A Guide to Post-Keynesian Economics, ed. by A. S. Eichner, London and Basingstroke, MacMillan, 120–138
Morgan, Brian, 1978, Monetarists and Keynesians. Their Contributions to Monetary Theory, London and Basingstrole, MacMillan.
Mosley, Hugh G., 1990, The social dimension of European integration, in: International Labour Review (129), 2, 147–164
Muth, John, 1961, Rational Expectations and the Theory of Price Movements in: Econometrica (29), July, 315–335
Neck, Reinhard, 1990, Was bleibt vom Austrokeynesianismus?, in: Steuerungsprobleme der Wirtschaftspolitik, hrsg. vom Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen und von der Memorandumsgruppe, Wien und Bremen, 159–181
Nowotny, Ewald, 1989, Institutionelle Grundlagen, Akteure und Entscheidungsverhältnisse in der österreichischen Wirtschaftspolitik, in: Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik, hrsg. von H. Abele u. a., 3. Auflage, Manz, Wien, 125–148
Nowotny, Ewald, 1987, Der öffentliche Sektor. Einführung in die Finanzwissenschaft, Berlin u. a., Springer
Platzer, Renate, 1987, Das Privatisierungspaket der Bundesregierung, In: WISO (10), 4, 25–43
Pommerehne, Werner W., 1988, Präferenzen für öffentliche Güter, Tübingen, Mohr (Siebeck)

Rawls, John, 1972, A Theory of Justice, London, Clarendon Press
Reding, Kurt und Dogs, Ernst, 1986, Die Theorie der "X-Effizienz" – Ein neues Paradigma der Wirtschaftswissenschaften?, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft (37), 1, 19–39
Renaud, Paul S. A., 1989, Applied Political Economic Modelling, Berlin u. a., Springer
Rothschild, Kurt W., 1980, Kritik marktwirtschaftlicher Ordnungen als Realtypus, in: Zur Theorie marktwirtschaftlicher Ordnungen, hrsg. von C. Watrin und E. Streißler, Tübingen, Mohr (Siebeck), 13–37
Rothschild, Kurt W., 1981, Einführung in die Ungleichgewichtstheorie, Berlin u. a., Springer
Rothschild, Kurt W., 1983, Arbeitslosigkeit – eine Ausnahmesituation?, in: Das Parlament, 6. August, 25–31
Sargent, Thomas J. und Wallace, Neil, 1975, „Rational" Expectations, the Optimal Monetary Instrument, and the Optimal Money Supply Rule, in: Journal of Political Economy (83), April, 241–254
Say, Jean B., 1803, Of the Demand or Market for Products, in: The Critics of Keynesian Economics, ed. by H. Hazlitt, Rochelle, New York 1977, Arlington House Publishers, 12–22
Schneider, Friedrich, 1989, Wirtschaftspolitische Tendenzen der achtziger Jahre in einigen OECD-Staaten, in: Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik, hrsg. von H. Abele u. a., 3. Auflage, Wien, Manz, 43–56
Schneider, Friedrich und Bartel, Rainer, 1989, Privatwirtschaft versus Gemeinwirtschaft. Ein Effizienzvergleich, Wien, Manz
Smith, Adam, 1776, An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations München (1983), dtv
Stobbe, Alfred, 1983, Volkswirtschaftslehre II. Mikroökonomik, Berlin u. a., Springer.
Weintraub, Sidney, 1978, Keynes, Keynesians and Monetarists, Philadelphia, University of Pennsylvania Press
Weizsäcker, Carl C. von, 1982, Staatliche Regulierung – positive und normative Theorie, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik (118), 3, 325–343
Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Autorenkollektiv, 1990, Schmerzhafter Übergang zur Marktwirtschaft. Die Wirtschaft der RGW-Länder und Jugoslawiens 1989/90, in: WIFO-Monatsberichte (63), 5, 294–310
Winckler, Georg, 1988, Der Austrokeynesianismus und sein Ende, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 3, 221–230